



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 29. April 2009
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

<u>Vorsitz :</u>		Torsten Tollebeek (CDU)
Anwesende Ausschussmitglieder:		siehe Anlage 1
Ferner anwesend:		siehe Anlage 2
Tagesordnung:		siehe Anlage 3
Veröffentlichung:		siehe Anlage 4
Beginn (öffentlicher Teil):	17:05 Uhr	Ende: 18:45 Uhr
Beginn (nicht öffentlicher Teil):	18:45 Uhr	Ende: 19:45 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 01/09	(Drucksachenband 134)
Drucksachenlisten DL Nrn. 07/09, 11/09, 12/09	(Drucksachenband 135)
Drucksachenlisten DL Nrn. 13/09, 14/09	(Drucksachenband 136)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Herr Hofmann (Beschwerdeführer aus Frauenstein) eine vorbereitete Erklärung, die Anlage zum Protokoll ist.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

öffentliche Sitzung

0072 Tagesordnung

Gegen die Tagesordnung werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0073 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 11.03.2009 wird genehmigt.

Einstimmig

0074 09-F-01-0034

Wiederaufbau Martin-Niemöller-Schule
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.03.2009 -

Der Revisionsausschuss ist durch die Stadtverordnetenversammlung beauftragt worden, den Sachverhalt um den Wiederaufbau der Martin-Niemöller-Schule eingehend zu untersuchen, den weiteren Fortgang der Maßnahme zu begleiten und in der nächst möglichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Bericht zu erstatten.

Zu diesem Punkt sind Frau Stadträtin Scholz, Frau Stadträtin Thies, Herr Dietz (Dezernat VIII) und Herr Römer (Leiter des Schulamtes) anwesend.

Vors. Tollebeek stellt noch einmal den Sachverhalt klar und erwartet Aufklärung darüber, wie die im Raum stehenden unterschiedlichen Zahlen bezüglich der zu erwarteten Kosten für den Wiederaufbau zu Stande gekommen sind.

Frau Scholz teilt mit, dass man zwischenzeitlich eine Agentur beauftragt habe, das Ergebnis aber noch nicht da sei. Welche behördlichen Auflagen noch zu erfüllen seien, könnte erst danach beurteilt werden.

Die Versicherung habe zugesagt, die Kosten für den Aufbau der Schule zu übernehmen, und zwar für den Zustand, in dem sich die Schule der 1 Minute vor dem Brand befunden hat. Auch die behördlichen Auflagen würden von der Versicherung übernommen. Werden darüber hinaus An- und Umbauten vorgenommen, um die Schule z. B. an heutige Standards anzupassen, entstehen Mehrkosten, die von der LHW getragen werden müssen.

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. April 2009

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Für ca. 4 Mio € könne der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt werden; werden Mensa usw. gebaut, ist mit Kosten i. H. v. insgesamt 18 Mio € zu rechnen. Was im Einzelnen aber wirklich gebaut werden soll, stehe noch nicht fest. Man habe seinerzeit den Ausschuss für Schule und Kultur über angedachte Lösungen informieren wollen, aber noch keine Entscheidung getroffen. Der ursprüngliche Zeitplan habe sich noch nicht wesentlich verschoben.

Herr Dietz wirft ein, dass die Versicherung auch für Kosten aufkommt, die durch versteckte Mängel, die erst im Laufe der Wiederaufbauarbeiten zu Tage treten, aufkommen wird.

Stv. Gerich berichtet, dass man über den Anstieg der Wiederaufbaukosten von 4 Mio € auf 18 Mio € ziemlich erschrocken gewesen sei. Bisher gäbe es auch keine klare Aussage, woher die Mehrkosten im Einzelnen kommen.

Er möchte wissen, wie der aktuelle Zeitplan für den Wiederaufbau und den Umzug der Schüler/innen aussieht und wann die tatsächlichen Kosten feststehen.

Stadträtin Thies unterrichtet den Ausschuss darüber, dass man bei den bisherigen Planungen von den 3 Elementen (Ursprungszustand der Schule, Kosten durch behördliche Auflagen, zusätzliche Kosten durch „Neubauten“) ausgegangen sei. Man müsse alles auseinander rechnen, um die Fragen zu beantworten.

Frau Scholz weist darauf hin, dass man ursprünglich im Sommer 2010 in die wieder aufgebaute Schule zurückziehen wollte. Herr Dietz geht davon aus, dass diese Ursprungsplanung nicht eingehalten werden kann und geht eher von einem Umzug zum Schuljahresbeginn 2011 aus.

Frau Thies bestätigt dies und berichtet, dass man den Bauantrag Ende April stellen wollte, dies aber durch die notwendigen Umplanungen nicht mehr leisten könne.

Vors. Tollebeek mahnt den umsichtigen Umgang mit Steuergeldern an und stellt klar, dass der Ausschuss eine Sitzungsvorlage erwartet, in der gegenübergestellt wird, wie die Schule aussehen wird, wenn der Ursprungszustand wiederhergestellt wird, wobei die Versicherung hier alle Kosten trägt. Aus der Vorlage soll sich aber auch ergeben, welche zusätzlichen Baumaßnahmen im Einzelnen sinnvoll sein können und welche Kosten pro Maßnahme entstehen werden. Die Vorlage soll darüber hinaus auch Aufschluss für die zeitlichen Abläufe geben. Er geht davon aus, dass der Magistrat diese Vorlage so schnell wie möglich erstellen wird und sieht den Magistrat ganz klar in der Verantwortung für eine baldige Umsetzung.

Er weist daneben aber auch darauf hin, dass der Ausschuss Schule/Kultur eine Vielzahl von Projekten beschlossen hat, die ebenfalls hohe Kosten verursachen. Dann sind die schon zur Regel gewordenen üpl- und apl-Vorlagen zu berücksichtigen, die fast jedes Bauprojekt begleiten, ebenfalls nicht kalkulierte zusätzliche Kosten. Er mahnt alle Stadtverordnete, nicht nur an die Projekte zu denken, sondern auch die Kosten nicht aus den Augen zu verlieren.

Frau Stadträtin Scholz erklärt, dass der Verwaltungsbau der Schule abgebrannt ist und aufgebaut werden muss. Wenn man einen solchen Brandschaden hat, möchte man einen Zustand herstellen, der möglichst den heutigen Standards entspricht.

Herr Dietz erklärt dazu, dass die Versicherung der LHW einen Betrag X zur Verfügung stellen wird, der die Kosten zur Herstellung des Ursprungszustandes abdeckt. Wie die LHW diesen Betrag dann einsetzt, bleibt ihr überlassen.

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. April 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Tollebeek erklärt, dass der zu erarbeitende Beschlussvorschlag aus der heutigen Sitzung keine Anregung, sondern ein klarer Auftrag an den Magistrat ist. Es eine politische Frage, wie die Schule aufgebaut wird, nicht eine Frage der Versicherung. Die Verwirrung käme daher, dass die Stadtverordneten nicht wüssten, welche Kosten welchen Verbesserungen im Einzelnen gegenüberstehen. Wenn man sich einig sei, dass man 18 Mio € für den Wiederaufbau der Schule ausgeben wolle und einen Deckungsvorschlag dafür habe, interessiert dies den Revisionsausschuss nicht.

Er geht davon aus, dass dem Ausschuss in der nächsten Sitzung ein Bericht zum weiteren Vorgehen vorliegen wird. Man sollte nicht bis nach der Sommerpause warten.

Herr Römer wirft ein, dass z. B. der Ortsbeirat noch zu beteiligen sei, der Magistrat Vorlaufzeiten habe und dies alles vor der Sommerpause zu erledigen nicht möglich erscheint.

Vors. Tollebeek sieht in der Beteiligung des Ortsbeirates kein Problem, diesen könne man doch zeitgleich informieren, man könne eine Sondersitzung einberufen, eine Entscheidung im Umlaufverfahren herbeiführen o.ä., denn er wird ja sicher nichts gegen den Wiederaufbau der Schule einwenden.

Herr Dietz gibt zu bedenken, dass die Sitzungsvorlage unbedingt mit seriösen, belastbaren und nachvollziehbaren Zahlen unterfüttert sein soll, sonst werde es auch keine Vorlage geben.

Frau Stadträtin Thies berichtet, dass der Hochbaubereich seriöse Zahlen hatte, aber man schockiert war, dass jetzt umgeplant werden muss. Man gehe davon aus, dass man vom Architekten in 14 Tagen Zahlen hätte und dann eine SV erstellen könne.

Vors. Tollebeek weist abschließend darauf hin, dass man nach wie vor davon ausgehe, dass vor der Sommerpause eine Sitzungsvorlage mit validen, belastbaren Zahlen vorgelegt werden könne. Wenn dies nicht klappen sollte, müsse sich der Revisionsausschuss noch einmal mit dem Thema beschäftigen.

Einstimmig

Die nachfolgenden Punkte (Beschlüsse Nrn. 0075 bis 0088) werden ohne Aussprache einzeln aufgerufen und abgestimmt:

0075 09-V-20-0017

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

0076 09-V-67-0006

Verpachtung der städtischen Verwaltungsjagdbezirke

gegen SPD

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. April 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

- 0077** **08-A-19-0002**
Verwaltungsjagd
Einstimmig
- 0078** **09-V-20-0016**
Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2008 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
Einstimmig
- 0079** **09-V-52-0004**
Stadion Berliner Straße - Deckung des Aufwandes aus dem Bereich CO
Einstimmig
- 0080** **09-V-80-2308**
Sanierung Parkhaus Theater
Einstimmig
- 0081** **09-V-66-0103**
Mittelumsetzung zwischen den Teilhaushalten Wiesbaden und AKK - Jahresabschluss 2008
Einstimmig
- 0082** **09-V-66-0223**
Taunusstraße - Herstellung von Radverkehrsanlagen
Einstimmig
- 0083** **09-V-66-0305**
Gehwegerneuerungsprogramm in Wiesbaden - Zusätzliche Mittelfreigabe -

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. April 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Einstimmig

0084 09-V-66-0307

Fahrbahndeckenprogramm in Wiesbaden 2009 - zusätzliche Mittel -

Einstimmig

0085 09-V-41-0007

Hess. Staatstheater Wiesbaden; Abschluss 2008, Abschluss der Sanierungsmaßnahmen

Einstimmig

0086 09-V-51-0011

Bezuschussung einer neuen Krippengruppen in der Kita der Ev. Lukasgemeinde

Einstimmig

0087 09-V-08-0004

Genehmigung von überplanmäßigen Personalausgaben 2008

Einstimmig

0088 09-V-40-0402

Peter-Rosegger-Schule - Sanierungsmaßnahmen

Einstimmig

0089 09-F-07-0008

Vergaberichtlinien für Theaterfreikarten-
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 03.03.2009 -

Zu diesem Antrag liegt ein schriftlicher Bericht des Hauptamtes vor, das in der vergangenen Sitzung bereits mdl. berichtet hat.

Stv. Reiß fragt nach, dass es unterschiedliche Zahlen im Bericht des Hauptamtes und der Sitzungsvorlage gäbe. In der Vorlage sei von einer wesentlich größeren Anzahl bei den Freikarten die Rede, der Bericht spricht von 40 Freikarten pro Aufführung.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. April 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadträtin Thies fragt nach, was hier das Problem sei. Das Land und auch das Theater selber würden ebenfalls Freikarten verteilen, darauf habe die LHW keinerlei Einfluss. Diese Freikarten würden aber in der Sitzungsvorlage mit aufgeführt. Die Karten, die von der LHW verteilt würden, stünden in der Aufstellung des Hauptamtes.

Stv. Reiß geht davon aus, dass die LHW doch in der Lage sein müsste, auf seine Fragen zu antworten.

Stadträtin Thies geht davon aus, dass das Hauptamt die Vergaberichtlinien völlig richtig angewandt hat. Die Freikartenregelung, die das Land oder das Theater betreibe, sei aber nicht bekannt.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass das Staatstheater ein Relikt aus der Vergangenheit sei - hier sei keine parlamentarische Kontrolle möglich. Man könne nur das, was die Stadt ausbebe, nachvollziehen und belegen. Der Ausschuss habe aber berechtigtes Interesse daran zu wissen, was das Theater oder das Land Hessen verteilt.

Herr Funk berichtet, dass der Landtag und die Landesregierung pro Vorstellung 40 Karten bekämen, das allein sind schon 1.000 Freikarten.

Vors. Tollebeek erinnert an den Termin der Prüfgruppe zur Prüfung der Jahresrechnung, die am 08.05. tagt und sich mit dem Theatervertrag beschäftigt. Zu dieser Sitzung bittet er das Hauptamt und auch das Staatstheater um Teilnahme. Stadträtin Thies wird eine/n Vertreter/in des Staatstheaters zu dem Termin einladen.

Stv. Sommer erklärt, dass auch schon gerichtlich darauf hingewiesen wurde, die gängige Praxis möglichst zu ändern. Auch bei der LHW seien z. B. die Fraktionsvorsitzenden im Ältestenausschuss vertreten, bekämen aber zusätzlich Freikarten.

Stadträtin Thies versteht das Interesse des Ausschusses, weist aber darauf hin, dass es sich bei der Ausgabe von Freikarten auch um einen repräsentativen Akt handele und die Stadt hier gezielt für sich in Wirtschaftskreisen werben könne. Außerdem haben die IMF den höchsten Finanzierungsgrad in der gesamten Bundesrepublik. Der Verlust durch die Ausgabe der Freikarten sei auf jeden Fall vertretbar, da unterm Strich mehr Geld hereinkomme, als man im ersten Moment sehen würde.

Stv. Reiß versteht die Praxis, möchte aber trotzdem Transparenz bei den Freigaben.

Der Ausschuss wird sich mit dem Bericht in seiner nächsten Sitzung beschäftigen und wartet zu dem die Erkenntnisse aus der Sitzung der Prüfgruppe zur Jahresrechnung ab.

Einstimmig

0090 09-V-11-5011 und 0091 08-V-11-5029

Verkauf von gebrauchten Fahrzeugen und Maschinen - Bericht

Der Magistrat hat vorgesehen, dass die Stadtverordnetenversammlung dem Bericht nicht zustimmen muss.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. April 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Vors. Tollebeek hält dies nicht für den richtigen Weg, zumal der Ausschuss den Anstoß dazu gegeben hat, dass das Verfahren zum Verkauf von gebrauchten Fahrzeugen und Maschinen eine andere organisatorische Anbindung erhält.

Herr Süpner (Personal- und Organisationsamt) ist für Rückfragen in der Sitzung anwesend und berichtet, dass nach dem Probelauf, der positiv verlaufen sei, das Verkaufsverfahren bei der Feuerwehr verbleiben werde.

Der Ausschuss wird die Vorlage dem Stadtparlament zur Entscheidung vorlegen.

Einstimmig

0092 08-V-66-0245 und 0093 08-V-66-0244

Fußgängersicherung, Albrecht-Dürer-Straße, Wiesbaden-Nordost

Der schriftliche Bericht (Prioliste) liegt vor, gilt aber nur als eingebracht und wird in der Sitzung des Ausschusses am 17.06.2009 behandelt.

Einstimmig

0094 08-A-19-0006

Renovierung der Burg Sonnenberg - aktueller Zeit- und Kostenplan -

Herr Funk berichtet zum Stand der Renovierungsarbeiten. Man habe nach der Frostperiode mit den weiteren Arbeiten starten können. Man könne mit der Fertigstellung in 6 bis 8 Wochen rechnen. Im Laufe des Monats Juli würde das Gerüst abgebaut.

Frau Stadträtin Thies weist darauf hin, dass im Moment die Nordwestseite der Burg statisch untersucht würde (auf Anregung des Architekten), da hier mit Schäden zu rechnen sei. Die Mauer sei mit Efeu bewachsen. Man habe sich kaum getraut, den Efeu zu entfernen, da dieser eine gewisse Haltefunktion habe. Wenn der Bericht da ist, wird eine Sitzungsvorlage erstellt. Es sei zwar schön, eine Burg im Stadtgebiet zu haben, aber dies sei sehr kostenintensiv.

Vors. Tollebeek geht davon aus, dass man die Kosten, die die Burg noch verursachen wird, evtl. in den Haushaltsplanberatungen berücksichtigen könne.

Herr Funk berichtet, dass man 100.000 € vom Landeskonservator für die Sanierung des Bergfrieds bekommen habe, aber nicht mit weiteren Zuschüssen aus Landes- oder Bundesmitteln rechnen könne, da es sehr viele Burgen gebe.

Dafür sei aber ein anderes Großprojekt - die Wartburg - jetzt fertig gestellt.

Der Ausschuss wird seine Herbst-Sitzung dort durchführen.

Einstimmig

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. April 2009

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

0095 09-V-66-0301

Frostschadenprogramm in Wiesbaden 2009 - Mittelfreigabe

Stv. Reiß fragt nach, nach welchen Kriterien hier die bearbeiteten Bereiche ausgewählt werden. Die Vororte würden kaum auftauchen.

Herr Specht (Tiefbauamt) erklärt, dass man versucht, die Bereiche sinnvoll auszusuchen. Man könnte Hunderte von Straßen hinzufügen. Man geht eher Viertelweise vor, wobei man auch ein sehr schnell aushärtendes Verfahren anwenden würde.

Einstimmig

0096 09-V-40-0009

Krautgartenschule, Mehrkosten Turnhalle

Stv. Reiß fragt nach, wie es zu 30 % Kostensteigerung kommen könne.

Frau Stadträtin Thies gibt an, dass man auch im Fachbereich nicht davon begeistert sei. Man habe erfahrene Fachleute beauftragt. Es habe aber Streit mit dem Architekten gegeben. Die beauftragte Firma habe einige Projekte in Nordrhein-Westfalen durchgeführt und hier zu ganz anderen Konditionen bauen können. Man habe sogar einen Spezialisten für Passivhausbau ausgewählt, der dann aber hier in Hessen seine ursprünglichen Angebotszusagen bezüglich der Preise nicht halten konnte.

Herr Römer teilt dazu mit, dass man sogar eine Planungsgruppe beauftragt habe, Spezialisten für Turnhallenbau hinzugezogen habe - trotzdem sei es zu solchen Abweichungen gekommen.

Auch Vors. Tollebeek berichtet, dass die veranschlagten Kosten nur halb so hoch waren wie die tatsächlichen Kosten und diese Tendenz seit langer Zeit anzuhalten scheine. Aber gerade die vorgenannten Kosten müssten besser in Einklang gebracht werden. Man könne auf Dauer nicht damit leben, dass Aufschläge von 50 % gemacht werden müssen. Es wird eines Tages soweit sein, dass man nicht alle angedachten bzw. geplanten Sanierungsmaßnahmen an Schulen auch tatsächlich durchführen könne.

Stadträtin Thies weist darauf hin, dass es im vorliegenden Fall große Auseinandersetzungen gegeben habe. Man habe auch Bedenken in Bezug auf das Konjunkturprogramm - wenn nur auf die Zeit gedrückt werde, wird dies auf Dauer schief gehen.

Vors. Tollebeek geht davon aus, dass die Preise im Rhein-Main-Gebiet sicher nicht mit denen in NRW zu vergleichen sind. Man muss einen Modus finden, auch zukünftig noch handlungsfähig zu bleiben. Man könne nicht 50 Mio € beauftragen und dann Kosten i. H. v. 70 Mio € tragen müssen. Die LHW sei zudem Optionskommune, Steuereinnahmen werden voraussichtlich sinken - alles Dinge, mit denen sich die Stadtverordneten beschäftigen müssen. Er sieht nach wie vor eine breite Mehrheit für die Nettoneuverschuldung 0, also müssen andere Wege gefunden werden.

Seite 11 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. April 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Man könne auch nicht erst die Sanierung von mehreren Schulen zusagen und dann bei erhöhten Kosten eine Schule ganz herausstreichen - das könne kein Kommunalpolitiker zurückfahren.

Es wird ein Weg zu finden sein, um der Problematik entgegen zu wirken (evtl. neue Arbeitsgruppe).

Enth. BLW

0097 **Verschiedenes**

Vors. Tollebeek weist auf den Termin der Sitzung der Prüfgruppe zur Prüfung der Jahresrechnung am 08.05.2009 um 17 Uhr in den Räumen des Revisionsamtes hin.

Einstimmig

In der Zeit von 18.45 Uhr bis 19.30 Uhr tagt der Revisionsausschuss nicht öffentlich.

nicht öffentliche Sitzung

0101 **08-F-01-0044**

Sanierung Kuppeln Russische Kapelle; Mehrkosten - hier: Akteneinsicht
Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 22.04.2008

Alle Ausschussmitglieder haben das externe Gutachten und die dazu erfolgte Stellungnahme mit der Einladung zur Sitzung erhalten.

Stv. Sommer berichtet, dass es nach dem ersten Lesen der Unterlagen darum zu gehen scheint, dass 43.000 € an Kosten evtl. zurückgefordert werden könnten. Das Gutachten dokumentiert u. a. auch mangelndes Projektcontrolling. So habe es einen Architektenvertrag ohne feste Zusagen gegeben, Vorabsprachen seien ohne Dokumentation getroffen worden usw.

Diese Vorgehensweise könne nicht akzeptiert werden. Jeder habe gewusst, dass und wann der Petersburger Dialog stattfindet. Es habe trotzdem keine zeitlichen Festlegungen gegeben. Auch bei Fehlleistungen des Architekten sei der Bauherr gefordert - hier ist nichts passiert. Durch das externe Gutachten würde eigentlich festgestellt, dass von städtischer Seite nicht wirklich bzw. richtig kontrolliert worden sei.

Herr Muth (Leiter Rechtsamt) wirft ein, dass mit dem Rechtsamt die kurzfristig eingeholte Stellungnahme nicht abgestimmt sei, die Stellungnahme sei ihm noch nicht einmal bekannt.

Vors. Tollebeek teilt mit, dass er das zuständige Dezernat gebeten habe, jemanden in die heutige Sitzung zu schicken, der bezüglich des Gutachtens und der Stellungnahme des Gutachters aussagefähig ist. Er werde das Verhalten mit der Dezernentin klären.

Herr Zenzen (Leiter Revisionsamt) berichtet, dass man sich die Stellungnahme zwar angeschaut habe, aber noch nicht abschließend berichten könne.

Seite 12 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. April 2009

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Vors. Tollebeek ist darüber ungehalten, dass der Magistrat nach ca. 20 Monaten nicht in der Lage ist, dem Ausschuss über das Rechtsgutachten Auskunft zu geben. Er versteht dies als Missachtung des Ausschusses. Er fühlt sich nicht ernst genommen. Er wird zur nächsten Sitzung Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller, Stadträtin Zeimetz und auch Frau Stadträtin Thies zur nächsten Ausschusssitzung persönlich einladen und erwartet, dass man in der nächsten Sitzung über mögliche Regressforderungen Auskunft geben kann und auch Stellung nehmen kann zu mdl. Vereinbarungen, die im vorliegenden Fall getroffen wurden und den Verzicht auf die Festlegung von Fixterminen. Es habe zudem keinerlei Projektcontrolling gegeben.

Es stelle sich die Frage, was das Gutachten gebracht habe, denn man habe auch ohne juristische Kenntnisse erkennen können, dass evtl. 43.000 € zurückgefordert werden können. Es scheint nicht möglich zu sein, dass die LHW zumindest versucht, einen Betrag X zurückzufordern. Man hätte ja auch erst einmal Geld zurückbehalten können und der Vertragspartner hätte dann gegen die Stadt klagen können.

Vors. Tollebeek verliest die Einladung an Herrn Oberbürgermeister Dr. Müller und Frau Stadträtin Zeimetz vom 18.03.2009, in der auch das Verfahren (Beendigung der Akteneinsicht unter der Voraussetzung, dass das Gutachten noch im Jahr 2008 vorgelegt wird) beschrieben und einer gewissen Verärgerung Ausdruck gegeben wird.

Herr Löber wirft ein, dass der Bericht des Revisionsamtes bereits im Mai 2008 vorgelegen hat und Herr Muth weist darauf hin, dass der Bericht des Rechtsamtes im Oktober 2008 eingebracht wurde.

Die Angelegenheit wird zur Beratung in der Sitzung des Ausschusses am 17.06.2009 vorgesehen.

Vors. Tollebeek gibt zu Protokoll:

„Ich fühle mich hier auch persönlich betroffen dahingehend, wie mit dem Ausschuss umgegangen wird. Dies ist hier der nicht öffentliche Teil des Ausschusses und der Magistrat hat dafür Sorge zu tragen, dass hier Leute Rede und Antwort stehen können. Hier ist das oberste Organ der parlamentarischen Kontrolle (§ 50 der HGO).

Als Ausschussvorsitzender habe ich keinerlei Verständnis dafür, dass der Magistrat als Kollegialorgan, unabhängig von der Parteizugehörigkeit, nach einer Laufzeit von 20 Monaten nicht in der Lage ist, aussagefähige Vertreter zu entsenden.

Solidarität ist keine Einbahnstraße. So sehr ich auch immer dafür Sorge trage, dass aus den nicht öffentlichen Sitzung nichts nach außen dringt, um den Magistrat und die LHW nicht zu schädigen, so sehr muss man aber auch dafür Sorge tragen, dass der Magistrat dieses Gremium ernst nimmt. Ansonsten wäre die Alternative, dass man es macht wie andere Städten unserer Größenordnung. Da kann man nämlich in der Presse lesen, was man von einander hält.

Ich bin ernstlich verärgert.

Es handelt sich hier um eine Störung des Verhältnisses von Parlament und Magistrat.“

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0102 08-V-51-0084

Grundstücksankauf für den geplanten Neubau eines Kleinkinderhauses in Kostheim, St. Veiter Platz, für 4 Krippengruppen

Der schriftliche Bericht von Frau Stadträtin Thies zur Beauftragung des Architekten Maul liegt dem Ausschuss vor und beantwortet die Fragen des Ausschusses.

Das Sozialdezernat wird voraussichtlich keine Stellungnahme einreichen, da das Hochbauamt in erster Linie betroffen ist.

Die Angelegenheit hat für den Ausschuss seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0103 07-A-19-0002

Bericht der Antikorruptionsbeauftragten

Frau Schupp gibt in der heutigen Sitzung ihren halbjährlich wiederkehrenden Bericht zu Alt- und Neufällen usw.

Im Einzelnen wird folgendes festgehalten:

Präventive Maßnahmen:

- Schulung von Inspektoranwältern und Feuerwehranwärtinnen
- Schulung von Personal Alten- und Pflegeheime
- Informationsveranstaltungen zu Inhalten von Korruptionsprävention
- Antikorruptionstraining bei WIVERTIS mit Siemens

Auftrag:

- Compliance-Richtlinie für städt. Gesellschaften soll entwickelt werden

Einzelanfragen:

- Einladungen zu Präsentationsveranstaltungen
- Annahme von Geschenken
- Stadtweite Vergünstigungen für die Mitarbeiter/innen z. B. für Essenanbietern oder Getränkelieferanten

Altfälle:

- ELW - (Betrug/Bestechlichkeit) Kündigungen werden noch geprüft
- Tankkarten (eher **kein** korruptionsrelevanter Sachverhalt, zumindest nicht nachweislich)
- Illegale Bauschuttentsorgung (1 Unternehmer gegen „Trinkgeldzahlung“ bevorzugt - staatsanwaltliches Ermittlungsverfahren läuft noch)
- Verkauf abgeschleppter Fahrzeuge - Verfahren abgeschlossen / eingestellt, da keine konkrete Täterzuordnung

Seite 14 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 29. April 2009

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Neufälle:

- Hofmann / Frauenstein - Einflussnahme bei Bauantrag (umfangreiche Prüfung, im Ausschuss bekannt)
- Amt für Grünflächen Genehmigungsgebühr für Urnenkammerplatten (z. T. nicht gezahlt), kein Korruptionsverdacht, Rückforderung veranlasst
- anonyme Anzeige Feuerwehr - gesammelte Vorwürfe über längeren Zeitraum, Prüfung der Vorwürfe im Rahmen einer Revisionsprüfung gemeinsam mit 14

Zusätzlich:

Beratung Hochbauamt im Rahmen des Konjunkturpakets - durch Anheben der Wertgrenze viel mehr freihändige Vergaben ohne Verdingungsstelle - Ängste der MA, zum einen in Bezug auf die Mehrbelastung bei bestehenden personellen Engpässen und zum anderen hinsichtlich der Transparenz und Prüfungsanforderungen bei Vergabeentscheidungen

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .05.2009

Vorsitzender

Schriftführer

Weitere Schriftführerin

Tollebeek

Reitz

Koba